

# Pressemitteilung Nr.: 2/2000

## **Staatssekretär zu Gast bei der BAGLJÄ-Arbeitstagung**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) hat sich zu ihrer 88. Arbeitstagung vom 03. bis 05.05.2000 im Bereich des Landesjugendamtes Sachsen-Anhalt in Halle/Saale getroffen.

Der Vorsitzende der BAGLJÄ, Herr Markus Schnapka, begrüßte als Gast den Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Herrn Peter Haupt, der die Zielrichtung der Bundesregierung in der Kinder- und Jugendpolitik darstellte.

Unter dem Stichwort des "aktivierenden Sozialstaats" stellte Herr Staatssekretär Haupt Überlegungen für bessere Partizipationsmöglichkeiten jedes Bürgers und auch von Kindern und Jugendlichen in ihrem jeweiligen Umfeld zur Diskussion. Die Landesjugendämter sollen nach den Vorstellungen von Staatssekretär Haupt vor allem bei der Qualitätsentwicklung der Jugendhilfeleistungen und dem fachlichen Controlling Kompetenzen erhalten und entwickeln. Sie sollten eher Steuerungsaufgaben wahrnehmen als die Trägerverantwortung über Einrichtungen zu übernehmen.

In der aktuellen Debatte um Veränderungen in den Strukturen Jugendhilfe jedoch erteilte Herr Staatssekretär Haupt den Bundesratsinitiativen, die die örtlichen und überörtlichen Träger der Jugendhilfe in ihren Kompetenzen und ihrer Zweigliedrigkeit treffen wollen, eine klare Absage. "Das Bundesministerium und die Jugendminister der Länder sind sich einig, dass wir auch in Zukunft eine Organisationseinheit brauchen, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen vertritt und dies in enger Zusammenarbeit mit anderen Instanzen tut, die für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von besonderer Bedeutung sind" hob Herr Staatssekretär Haupt in diesem Zusammenhang hervor.

Das BMFSFJ lehne auch den Vorschlag des Bundesrates ab, den Ländern die Möglichkeit zu eröffnen, die Aufsicht über Tageseinrichtungen für Kinder auf die örtlichen Jugendämter zu übertragen. Er machte deutlich: "Die Aufsicht über Tageseinrichtungen stellt eine Kernaufgabe der Landesjugendämter dar". Es bedürfe gerade an dieser Stelle einer starken Behörde, die im zunehmend schärfer werdenden Wettbewerb auch auf dem Gebiet sozialer Leistungen die Einhaltung der Wettbewerbsregeln überwache und Anstöße zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität liefere.

Herr Staatssekretär Haupt verdeutlichte die Rolle der Jugendhilfe bei der Gestaltung eines sozialen Europas und mahnte an, die Kinder- und Jugendinteressen rechtzeitig dort geltend zu machen.

Ferner betonte er, dass das Bundesjugendministerium die Kinderpolitik als eigenständiges Politikfeld herausstelle. Man bemühe sich intensiv darum, die Vorbehalte, die die frühere Bundesregierung gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention formuliert hatte, endlich aufzuheben.